

Herbe Niederlage für die Regierung

Gegen Zwangsfusionen: Das Ausserrhoder Stimmvolk möchte, dass die Gemeinden selber entscheiden sollen.

Astrid Zysset

Es wäre ein monumentaler Schritt für Ausserrhoden gewesen: Am Sonntag stand die Abstimmung über die Zukunft der Gemeindestrukturen respektive über mögliche Grossfusionen der bisherigen 20 auf drei bis fünf Gemeinden an. Und das Resultat war deutlich. 10 849 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger befürworteten die Eventualvorlage, 5829 lehnten sie ab. 7024 hiessen den Gegenvorschlag der Regierung gut, 9889 stimmten dagegen. Heisst im Endergebnis: Die Grossfusionen sind vom Tisch. Zusammenschlüsse erfolgen ausschliesslich mittels Zustimmung der betroffenen Gemeinden zu einem von ihnen gewählten Zeitpunkt.

Für die Regierung ist dies eine erhebliche Niederlage. Sie selbst durfte keinen Abstimmungskampf betreiben, in die Bresche sprang ein überparteiliches Komitee. Deren Sprecher, EVP-Kantonsrat Mathias Steinhauer, zeigt sich angesichts des Abstimmungsergebnisses enttäuscht. Ursächlich sieht er die Kampagne der Befürworter der Eventualvorlage. «Jene sprachen von Zwangsfusionen. Die Angst, die damit einherging, stiess leider auf fruchtbareren Boden als die Chancen, welche sich mit den Grossfusionen ergeben hätten.»

Steinhauer führt weiter aus, dass er im Vorfeld der Abstimmung die Befürchtung gehegt habe, dass der Gegenvorschlag an der Urne abgelehnt wird. «Es war ein mutiger Schritt, den die Regierung vorschlug. Vielleicht zu mutig. Viele Bürgerinnen und Bürger waren noch nicht dazu bereit.»

Stichfrage blieb aussen vor

Nichtsdestotrotz findet Steinhauer auch positive Aspekte im Endergebnis: Sieben Gemeinden sprachen sich für den Gegenvorschlag aus, darunter Herisau und Heiden als solche mit Zentrumsfunktionen. In der Stichfrage hatten sich über 40 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für die Grossfusionen ausgesprochen. Die Stimmbeteiligung lag bei 46,5 Prozent.



Nach der Abstimmungsniederlage: Der Ausserrhoder Landammann Yves Noël Balmer im Gespräch mit seinem Regierungsratskollegen Hansueli Reutegger.

Bild: Michel Canonica

Die Eventualvorlage vertreten unterschiedlichste Kantonalpolitiker. Sie formierten sich zur sogenannten IG Selbstbestimmte Gemeinden. Bei deren Vorstandsmitglied, FDP-Kantonsrat Marcel Walker, ist die Freude am Sonntag dementsprechend gross: «Wir hatten gehofft, dass der liberale Grundgedanke sich durchsetzt und der Zwang abgelehnt wird.» Allerdings, so Walker weiter, hätte es ihn überrascht, wie deutlich das Resultat am Ende ausfiel.

«Wir sind nicht geeignet für Experimente»

In der Abstimmung durften die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger angeben, welchen Vorschlag sie befürworteten. Erhielten beide mehr Ja-Stimmen, hätte die Stichfrage den definitiven Entscheid bringen müssen. Doch diese war aufgrund des Endergebnisses irrelevant. Für Walker ist die Grundhaltung

im Kanton nachvollziehbar: «Wir sind nicht geeignet für Experimente. Die konkreten Folgen und Kosten hätten klar sein müssen – so wie es bei anderen Gemeindefusionen in der Schweiz immer der Fall gewesen war.»

Fusionsgesetz soll in zwei Jahren vorliegen

Nun obliegt es der Regierung, dem Kantonsrat ein Fusionsgesetz vorzulegen. Dieses bildet dann die Grundlage für die freiwilligen Gemeindefusionen. Gemäss Regierungsrat Yves Noël Balmer könnte das Gesetz in rund zwei Jahren vorliegen.

Für Walker fängt die Arbeit in den Gemeinden aber bereits jetzt an. Sie wären nun gefordert, ihre eigenen Stärken und Schwächen zu analysieren und erste Gedanken zu möglichen Fusionen anzustellen. Das sieht auch Steinhauer so. Der grundsätzliche Handlungsbedarf sei

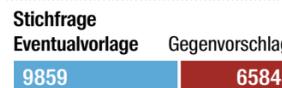
Abstimmungsergebnisse

Teilrevision der Kantonsverfassung

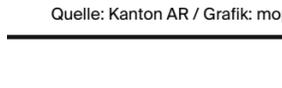
Gegenvorschlag



Eventualvorlage



Stichfrage



Quelle: Kanton AR / Grafik: mop

ausgewiesen – das hätten auch die Befürworter der Eventualvorlage nie bestritten. «Ich gehe davon aus, dass die Gemeinden ihre Hausaufgaben zur Bewältigung ihrer Herausforderungen gemacht haben. Nun müssen sie sich aber noch bewusst werden,

dass dies auch mittels Fusionen möglich sein wird.»

Die Abstimmung war vonnöten, da nicht nur aus regierungsrätlicher Sicht Handlungsbedarf bei den Gemeindestrukturen besteht. Viele Gemeinden wären nicht mehr in der Lage, ihre immer komplexer werdenden Aufgaben zu bewältigen. Fachkräfte und politisches Personal seien knapp.

Der Gegenvorschlag der Regierung sowie die Eventualvorlage gehen auf die Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» zurück, die 2018 eingereicht und unterdessen zurückgezogen wurde. Der Gegenvorschlag verlangte die Zusammenlegung der zwanzig Gemeinden auf drei bis fünf, die Eventualvorlage sah vor, die Namen der Gemeinden aus der Verfassung zu streichen und mittels Fusionsgesetz den Weg für freiwillige Zusammenlegungen zu ebnet.

Kommentar Zu radikaler Vorschlag

Das Ausserrhoder Stimmvolk lehnt die radikale Variante neuer Gemeindestrukturen mit klarem Mehr ab. Es hat sich für die zahme Variante ausgesprochen. Mit dem Ja zum Eventualantrag werden die Gemeindefusionen aus der Kantonsverfassung gestrichen. Damit wird der Weg frei für Fusionen von unten.

Die Regierung hat mit ihrem Gegenvorschlag, der Reduktion auf drei bis fünf Gemeinden, Mut und Willen gezeigt, dem Kanton eine moderne, zukunftsfähige Struktur zu geben. Der Vorschlag liess aber zu viele Fragen offen. Dies hat weite Teile der Bevölkerung verunsichert. Fusionszwang, Identitätsverlust, Unklarheit bezüglich Zeit und Kosten: Die Argumente der Befürworter der Eventualvorlage waren stärker. Die Regierung ist unterlegen, und das Stimmvolk hat die Chance auf das «grosse Miteinander» auf grüner Wiese verpasst. Nun ist es an den Befürwortern des Eventualantrags, zu beweisen, dass ihre Variante rasch zu Fusionen führt. An der Ausgangslage hat sich nichts geändert: Einige Gemeinden sind am Anschlag.

Die Erarbeitung des Fusionsgesetzes muss zügig an die Hand genommen werden, und bei diesem Prozess müssen alle an einem Strick ziehen. Es ist an den Gemeinden, zu beweisen, dass auch schwächere Kommunen nicht links liegen gelassen werden. Der Kanton braucht starke Gemeinden, die die steigenden Anforderungen bewältigen und die hohen Ansprüche der Bevölkerung erfüllen können.



Mea McGhee
mea.mcgee@chmedia.ch

Verantwortung liegt nun bei Gemeinden

Nach dem Ja zum Eventualantrag will die Ausserrhoder Regierung die Ausarbeitung des Fusionsgesetzes zügig angehen.

Mea McGhee

Der Ausserrhoder Regierungsrat empfing die Medienschaffenden nach Feststehen des Abstimmungsergebnisses über die Neuordnung der Gemeindestrukturen in corpore zur Pressekonferenz im Herisauer Regierungsgebäude. Damit unterstrich die Regierung die Bedeutung der Vorlage für den Kanton.

Gefragt, ob die Regierung enttäuscht sei über die Ablehnung ihres Vorschlags zur Reduktion der Gemeinden auf drei bis fünf, sagte Landammann Yves Noël Balmer: «Der Regierungsrat war

klar überzeugt vom mutigen und progressiven Gegenvorschlag. Die Neuordnung der Gemeindestruktur in einem Aufwisch wäre aus Sicht der Regierung die bessere Lösung gewesen.» Das Verdikt sei aber klar und so freute sich die Regierung in erster Linie, dass es nicht zu einem zweifachen Nein gekommen sei.

Das Ja zur Eventualvorlage ermögliche einen ersten Schritt Richtung Gemeindefusionen. Der Landammann sagte aber klar: «Mit dem Entscheid liegt nun die Verantwortung für Strukturereformen in erster Linie bei den Gemeinden.» Der Kan-

ton werde seinen Teil dazu beitragen und die nötige Gesetzgebung an die Hand nehmen. Das Ja zur Eventualvorlage sieht die Regierung als Auftrag, den Gemeinden administrative und finanzielle Unterstützung bei Fusionsvorhaben zu leisten.

Fusionsgesetz: Erarbeitung braucht Zeit

Katrin Alder, in deren Departement die Vorlage angesiedelt ist, erklärte das weitere Vorgehen. In einem ersten Schritt werde der Kanton ein Gesetz erarbeiten, das Gemeindefusionen ermöglichen wird. Damit würden die

Grundlagen geschaffen, dass Gemeinden unter administrativer und finanzieller Mithilfe des Kantons fusionieren können. Ob diese Möglichkeit von den Kommunen dereinst genutzt wird, lasse sich heute nicht sagen. Alder betont: «Die Initiative für Fusionen müsste von Gemeinden ausgehen.» Der Regierungsrat sei überzeugt, dass sich die Gemeinden des Auftrags und der hohen Verantwortung, die diese durch das Abstimmungsergebnis erhalten haben, bewusst sind.

Angesprochen auf die Dauer des nun folgenden Prozesses sagte Katrin Alder, dieser brauche sei-

ne Zeit, da verschiedene Stakeholder involviert seien. Der Regierungsrat rechnet mit mindestens zwei Jahren, bis ein Fusionsgesetz auf dem Tisch liegen werde.

Volk kümmert sich um Zukunftsfähigkeit

Im Vorfeld der Abstimmung hatten Regierungsmitglieder mehrfach gesagt, sie erhofften sich eine hohe Stimmbeteiligung. Die Beteiligung von 46,5 Prozent sei als «gut» zu beurteilen, wenn man kantonale Abstimmungen der letzten zwanzig Jahre betrachte, sagte der Landammann. Die Bevölkerung habe sich mit dem nicht

ganz einfachen Thema der Gemeindestrukturen auseinandergesetzt. Die Stimmbeteiligung zeige, dass sich die Bevölkerung um die Zukunftsfähigkeit des Kantons kümmere. Dies hätten auch die engagiert geführten Diskussionen an den vorangegangenen Veranstaltungen gezeigt, lobten die Regierungsmitglieder die Ausserrhoder Bevölkerung. Das breite Engagement sei eine wichtige Voraussetzung, um die Arbeit, die nun folge, konstruktiv und respektvoll führen zu können, sagte Katrin Alder. «Es ist das grosse Ziel, unsere Gemeinden und den Kanton weiterzubringen.»

Resignation und Tatendrang

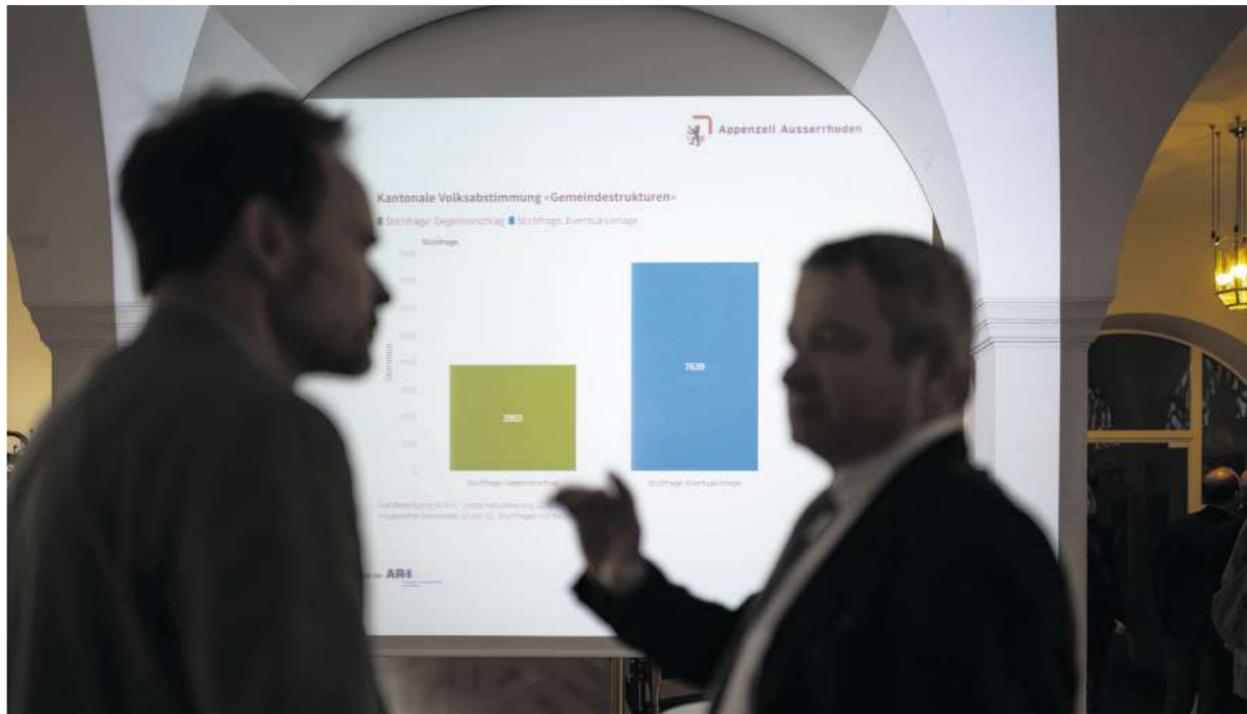
Reaktionen aus dem Abstimmungsstübli auf den Ausserrhoder Volksentscheid zu den Gemeindefusionen.

Sophia Lindenmann

Um 11.30 Uhr öffnet das altherwürdige Regierungsgebäude seine Tore für interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Politikerinnen und Politiker, um die Ergebnisse der Abstimmung zu möglichen Gemeindefusionen live mitzuverfolgen. Aufgrund der wegweisenden «Jahrhundertabstimmung» steht am Wahlsonntag das Abstimmungsstübli ausnahmsweise bei einer kantonalen Sachvorlage dem Volk und den Politikerinnen und Politikern offen.

Während die ersten Gäste im Abstimmungsstübli eintrudeln und sich angeregt austauschen, die Hände schütteln und sich untereinander herzlich begrüßen, werden schon die ersten Ergebnisse von den Gemeinden Gais und Lutzenberg auf der grossen Leinwand ausgestrahlt. Das Foyer des Kantonsratssaals füllt sich langsam, aber stetig, und bei Kaffee, Weisswein und Orangensaft werden lebhafte Gespräche geführt. Kurz darauf folgt das Ergebnis der zweitgrössten Gemeinde des Kantons. Auch Teufen folgt dem Trend, den Gais und Lutzenberg angeschlagen haben, die Eventualvorlage wird mehrheitlich angenommen und der Gegenvorschlag fällt zurück.

Mit Glockenklingen und einer kurzen Ansprache von Ratschreiber Roger Nobs wird die Veranstaltung nun offiziell eröffnet. Die eintrudelnden Ergebnisse der einzelnen Gemein-



Im Abstimmungsstübli wird angesichts der Wahlergebnisse angeregt diskutiert.

Bild: Michel Canonica

den geben den anwesenden Gästen viel zu diskutieren. Daher drehen sich die angeregten Gespräche im Stübli um nur ein Thema: Die Optimierung der Gemeindefusionen.

Gelassenheit bei Politikern und Politikerinnen

Regierungsrätin Katrin Alder schaut dem besonderen Tag, der wegweisend für die Ausserrhoder Zukunft sein wird, mit Gelassenheit entgegen: «Ich

hoffe, dass die Ausserrhoder Bevölkerung sich Veränderung wünscht.» Auch Reto Altherr, Gemeindepräsident von Teufen und Befürworter der Eventualvorlage, ist gespannt auf die Resultate, nimmt die Abstimmung aber auch mit der nötigen Ruhe: «Von diesem ausserordentlichen Tag erhoffe ich mir eine klare Weichenstellung für die Zukunft unseres Kantons.»

Während die Resultate von vielen weiteren Gemeinden ein-

treffen, zeichnet sich immer deutlicher ab, dass die Eventualvorlage vorne liegt und der Gegenvorschlag zurückfällt. Ein kurzes Gespräch mit Roger Sträuli, Präsident der «IG Starkes Ausserrhoden», zeigt, dass er insgeheim von dem Sieg der Eventualvorlage ausgegangen ist. «Ich bin ohne Erwartungen an diese Abstimmung gekommen, bin aber in erster Linie froh, dass sie überhaupt stattfindet», so der Rehetobler. Trotzdem erhofft Sträuli

sich von den Wahlergebnissen, dass der Gegenvorschlag möglichst viele Stimmen erhält, er akzeptiere jedoch jedes Ergebnis.

Die Stimmung im Abstimmungsstübli ist gut, die Diskussionen werden angeregt, aber sachlich geführt. Die Emotionen scheinen weder bei den Befürwortern des Gegenvorschlages noch bei den Unterstützern der Eventualvorlage überzuschwappen. Gespannt darauf, was die Zukunft für Ausserrhoden be-

reithält und wie sich das Volk entschieden hat, sind jedoch wohl alle im Regierungsgebäude.

Resignation bei der Regierung

Nach knapp zwei Stunden wird das Endresultat, angekündigt vom Glockenklingeln, vom Ratschreiber verkündet. Die Ergebnisse der 20 Gemeinden sind im Abstimmungsstübli angekommen und der Entscheid des Ausserrhoder Volkes ist eindeutig. Die Stimmung bei den Mitgliedern der Ausserrhoder Regierung wirkt gedrückt, aber gefasst.

Die Emotionslage bei Roger Sträuli ist auch nach der Ablehnung des Gegenvorschlages nicht gross verändert: «Das Wahlergebnis ist ein Teilerfolg und wir sind froh, dass unser Argument, dass Handlungsbedarf besteht, anerkannt worden ist.» Nun hofft Sträuli, dass die Gemeinden ihren Auftrag verstehen und dass die Gemeindefusionen verändert werden.

Tatendrang in den Gemeinden

Reto Altherr zeigt sich nach dem Entscheid voller Tatendrang: «Jetzt müssen wir die Veränderungen, die vom Ausserrhoder Volk erwünscht worden sind, so rasch wie möglich veranlassen.»

So geht der wegweisende Wahlsonntag im Abstimmungsstübli zu Ende. Manche unterhalten sich noch lange, scherzen und lachen, andere verlassen das Regierungsgebäude rasch und ein wenig enttäuscht.

Kantonale Volksabstimmung vom 26. November

Das Ausserrhoder Stimmvolk hat über die Optimierung der Gemeindefusionen abgestimmt.

		Wollen Sie den Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» oder die Eventualvorlage annehmen?		Stichfrage Falls der Gegenvorschlag und die Eventualvorlage von den Stimmberechtigten angenommen werden: Welche Variante soll in Kraft treten?	
		Gegenvorschlag	Eventualvorlage	Gegenvorschlag	Eventualvorlage
Vorderland	Grub	199 <input checked="" type="radio"/> JA	179 <input checked="" type="radio"/> JA	198 <input checked="" type="radio"/>	138 <input type="radio"/>
	Heiden	604 <input checked="" type="radio"/> JA	734 <input checked="" type="radio"/> JA	559 <input checked="" type="radio"/>	556 <input type="radio"/>
	Lutzenberg	202 <input checked="" type="radio"/> NEIN	209 <input checked="" type="radio"/> JA	143 <input type="radio"/>	197 <input checked="" type="radio"/>
	Rehetobel	404 <input checked="" type="radio"/> JA	319 <input checked="" type="radio"/> NEIN	375 <input checked="" type="radio"/>	236 <input type="radio"/>
	Reute	136 <input checked="" type="radio"/> NEIN	109 <input checked="" type="radio"/> GLEICH	81 <input type="radio"/>	140 <input checked="" type="radio"/>
	Wald	176 <input checked="" type="radio"/> JA	143 <input checked="" type="radio"/> JA	169 <input checked="" type="radio"/>	100 <input type="radio"/>
	Walzenhausen	309 <input checked="" type="radio"/> NEIN	301 <input checked="" type="radio"/> JA	186 <input type="radio"/>	301 <input checked="" type="radio"/>
	Wolfhalden	321 <input checked="" type="radio"/> NEIN	319 <input checked="" type="radio"/> JA	194 <input type="radio"/>	311 <input checked="" type="radio"/>
Total:	2007 <input checked="" type="radio"/> JA	2294 <input checked="" type="radio"/> JA	1905 <input type="radio"/>	1979 <input checked="" type="radio"/>	
Mittelland	Bühler	269 <input checked="" type="radio"/> NEIN	332 <input checked="" type="radio"/> JA	222 <input type="radio"/>	276 <input checked="" type="radio"/>
	Gais	760 <input checked="" type="radio"/> NEIN	770 <input checked="" type="radio"/> JA	260 <input type="radio"/>	768 <input checked="" type="radio"/>
	Speicher	877 <input checked="" type="radio"/> NEIN	1026 <input checked="" type="radio"/> JA	583 <input type="radio"/>	885 <input checked="" type="radio"/>
	Teufen	1877 <input checked="" type="radio"/> NEIN	1830 <input checked="" type="radio"/> JA	464 <input type="radio"/>	1890 <input checked="" type="radio"/>
	Trogen	470 <input checked="" type="radio"/> JA	337 <input checked="" type="radio"/> JA	452 <input checked="" type="radio"/>	191 <input type="radio"/>
Total:	3962 <input checked="" type="radio"/> NEIN	4295 <input checked="" type="radio"/> JA	2251 <input type="radio"/>	4010 <input checked="" type="radio"/>	
Hinterland	Herisau	1949 <input checked="" type="radio"/> JA	2152 <input checked="" type="radio"/> JA	1841 <input checked="" type="radio"/>	1671 <input type="radio"/>
	Hundwil	156 <input checked="" type="radio"/> JA	149 <input checked="" type="radio"/> JA	146 <input checked="" type="radio"/>	136 <input type="radio"/>
	Schönegrund	146 <input checked="" type="radio"/> NEIN	124 <input checked="" type="radio"/> JA	61 <input type="radio"/>	133 <input checked="" type="radio"/>
	Schwellbrunn	414 <input checked="" type="radio"/> NEIN	376 <input checked="" type="radio"/> JA	134 <input type="radio"/>	408 <input checked="" type="radio"/>
	Stein	430 <input checked="" type="radio"/> NEIN	404 <input checked="" type="radio"/> JA	142 <input type="radio"/>	418 <input checked="" type="radio"/>
	Waldstatt	433 <input checked="" type="radio"/> NEIN	436 <input checked="" type="radio"/> JA	224 <input type="radio"/>	409 <input checked="" type="radio"/>
	Urnäsch	735 <input checked="" type="radio"/> NEIN	619 <input checked="" type="radio"/> JA	150 <input type="radio"/>	695 <input checked="" type="radio"/>
	Total:	3944 <input checked="" type="radio"/> NEIN	4260 <input checked="" type="radio"/> JA	2698 <input type="radio"/>	3870 <input checked="" type="radio"/>
Kanton Total:	9889 <input checked="" type="radio"/> NEIN	10 849 <input checked="" type="radio"/> JA	6584 <input type="radio"/>	9859 <input checked="" type="radio"/>	

Quelle: Gemeinden / Grafik: mop

Reute kann sich für keine Variante erwärmen

Nur in einer Gemeinde fand weder der Gegenvorschlag noch der Eventualantrag eine Mehrheit.

Der Eventualantrag, der die Streichung der Gemeindefusionen aus der Kantonsverfassung vorsieht, hat sich am Sonntag klar durchgesetzt. Er erhielt 10 849 Stimmen bei 5829 Nein. Der regierungsrätliche Gegenvorschlag fiel hingegen durch, dies mit 9889 Nein bei 7024 Ja. Auch die Stichfrage, die aufgrund des Ergebnisses aber irrelevant war, sprach Bände.

Mittelland: Hochburg der Gegenvorschlag-Gegner

Dass es der Gegenvorschlag, der aus den 20 Gemeinden deren 3 bis 5 machen wollte, schwer haben dürfte, war zu erwarten gewesen. Das Endergebnis überrascht daher nicht. Auch der grössere Zuspruch aus dem Vorderland für den Gegenvorschlag kommt nicht überraschend. Als einziger ehemaliger Bezirk hat das Vorderland in der Gesamtsumme der Gemeindefusionen dem Gegenvorschlag zugestimmt, dies allerdings knapp. Das Ja bekam 50,3 Prozent der Stimmen, das Nein 49,7 Prozent. Am grössten war der Widerstand im Mittelland: 64,75 Prozent sprachen sich dagegen aus. Im Hinterland vereinte das

Nein 57,97 Prozent der Stimmen, 42,03 Prozent legten ein Ja ein.

Der Eventualantrag bekam hingegen aus allen Bezirken ein Ja. Am grössten war der Zuspruch im Mittelland, wo sich gesamthaft 70,26 Prozent dafür aussprachen. Im Hinterland waren es 63,82, im Vorderland 58,97 Prozent.

Wohl die wenigsten auf der Rechnung hatten die Tatsache, dass die grösste Nein-Sager-Gemeinde nicht aus dem Hinterland stammt. Diese fand sich im Vorderland. Als einzige Gemeinde hat sich Reute für keine der Vorlagen ausgesprochen. Die Rüttingerinnen und Rüttinger lehnten den Gegenvorschlag mit 87 Ja und 136 Nein ab, beim Eventualantrag gab es hingegen eine Pattsituation (109:109 Stimmen). Bei der Stichfrage erhielt der Eventualantrag dann den Vorzug.

Dieser fand neben Reute nur in einer zweiten Gemeinde keine Mehrheit. In Rehetobel sprachen sich die Bürgerinnen und Bürger für den Gegenvorschlag aus (404 zu 240), den Eventualantrag lehnten sie mit 319 zu 300 Stimmen ab. (dsc)

IG fordert rasches Handeln

Abstimmung Zu den Gewinnerinnen des Urnengangs gehört die IG Selbstbestimmte Gemeinden. Sie hatte sich mit einer Volksinitiative dafür eingesetzt, dass die Kommunen nicht gegen ihren Willen fusioniert werden. Ihr Hauptanliegen floss in den Eventualantrag ein. Kurz nach Bekanntgabe der Ergebnisse nahm die IG in einer Medienmitteilung Stellung. Nach einem langen Abstimmungskampf, der von der Regierung mit einem ungewöhnlich grossen Engagement geführt worden sei, habe sich eine deutliche Mehrheit der Stimmbürger gegen den Gegenvorschlag ausgesprochen. «Die Mehrheit ist damit der Überzeugung, dass die Gemeinden entgegen der Haltung der Regierung selbst über ihre Zukunft bestimmen sollen.» Das Volk folge damit der Zielsetzung des Initiativkomitees «Selbstbestimmte Gemeinden». Die Regierung habe nun den Auftrag, ein Fusionsgesetz zu erarbeiten und die nötigen administrativen und finanziellen Mittel bereit zu stellen, um freiwillige Fusionen möglich zu machen und zu unterstützen. «Es ist zu hoffen, dass diese wichtigen Grundlagen nicht wieder Jahre auf sich warten lassen, sondern nun unmittelbar an die Hand genommen werden», so die IG. (red)